

Die Demokratien schützen, ohne ihre demokratischen Werte aufzugeben

Die Anschläge des 11. September 2001 haben auf erschreckende Weise die Schutzlosigkeit der offenen westlichen Gesellschaften gegenüber zu allem entschlossenen Terroristen offenbart. Die weltweit praktizierten Selbstmordattentate haben das Gefühl von Sicherheit und unbeteiligtem Beiseitestehen in internationalen Konflikten als trügerisch entlarvt. Seither ist eine intensive Diskussion über den richtigen Weg entbrannt. Gegen die verschiedenen Formen des transnationalen Terrorismus darf nicht nur mit repressiven Strategien vorgegangen werden, vielmehr ist präventives Handeln gefordert. Die Ursachen des Terrors sind viel zu verschieden, als dass sie nur mit einer singulären Strategie bekämpft werden können. Demokratische Gesellschaften müssen deshalb permanent zwischen Maßnahmen zum Schutze der eigenen Bevölkerung und der Ausschaltung der transnationalen Infrastrukturen des Terrors eine Güterabwägung treffen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Freiheit auf der Strecke bleibt und die westlichen Demokratien sich in polizeistaatliche Festungen verwandeln. Die USA sind auf dem besten Wege dorthin. Sie planen Sondergesetze, die wesentliche Bürgerrechte für Verdächtige außer Kraft setzen werden. Auf einer internationalen Konferenz über Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien des transnationalen Terrorismus, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin ausgerichtet wurde, diskutierten Wissenschaftler und Praktiker aus den USA, Israel und einigen europäischen Ländern kontrovers über den richtigen Weg, wie mit diesem Phänomen umzugehen ist.

Prävention mehr Gewicht geben

Von einer Kontinentaldrift wollte keiner der Teilnehmer offen reden, auch wagte niemand diesbezüglich eine Prognose. Die europäischen Vertreter betonten immer wieder, dass der Prävention mehr Gewicht gegeben werden müsse, wohingegen Vertreter aus den USA stärker auf ein militärisches Vorgehen setzten, ohne die präventiven Mittel jedoch völlig außer Acht zu lassen. Drei unterschiedliche Sichtweisen gibt es zwischen Europa und den USA: den Nahostkonflikt, ungleiche Verteilung des Reichtums und die westliche Dominanz. Zum Auftakt widmeten sich die Referen-

ten dem „Geburtsort“ des modernen Terrorismus, dem Nahen Osten und hier besonders dem Islam. Schon der erste Referent, Michael Lüders von der FES, erschütterte das in den Medien vermittelte Bild vom terroristischen Islam. „Der islamische Fundamentalismus ist schon lange nicht mehr massenmobilisierungsfähig.“ Er habe seinen Zenit bereits überschritten, und nur die extremistischen Ränder seien durch Osama bin Laden geeint worden. Dass seine Organisation militärisch bekämpft werden muss, war allgemeiner Konsens. Dieser galt für den bevorstehenden Krieg gegen den Irak schon nicht mehr. Über diese Frage gingen die Ansichten nicht nur der Referenten, sondern auch des Publikums erheblich auseinander. Lüders behauptete, dass die USA mit einem Krieg gegen den Irak die geostrategische Lage verändern und die Öl-Ressourcen neu verteilen wollen. „Der Islam ist in diesem Machtspiel bloße Verfügungsmasse und kein gleichwertiger Partner.“

Dass dem Islam als Religion der Terrorismus nicht inhärent sei, wurde allgemein hin akzeptiert. Der Islam kann nicht für die Terroranschläge verantwortlich gemacht werden. Er dient eher als Vehikel und als ideologischer Überbau. Der palästinensische Psychiater Eyad el-Sarraj, Direktor des Gaza Community Mental Health Programme, machte die Hoffnungslosigkeit und das Trauma der Besatzung als Ursache für den Terror in Israel und Palästina verantwortlich. Die Selbstmordattentäter sind die Kinder der ersten Intifada, des Aufstandes der Palästinenser gegen die israelische Besatzung von 1987 bis 1993. 35 Prozent der Kinder bis 15 Jahre leiden unter Traumata. Viele der Kinder wollten nicht Rechtsanwältin, Ärzte oder Journalisten, sondern Märtyrer, sprich Selbstmordattentäter werden. Sollte sich diese Haltung bewahrheiten, wird die Zukunft düster sein. El-Sarraj machte zwar die israelische Regierung unter Sharon für die eskalierende Gewalt verantwortlich, wies aber auch auf Arafats Versagen in diesem Konflikt hin. Für ihn ist die israelische Regierung „terroristisch“ und „Sharon ein Terrorist, der in Den Haag angeklagt gehört“. Überraschenderweise widersprach keiner der Teilnehmer, auch der Israeli nicht. Wie unterschiedlich mit dem Thema Terrorismus umgegangen wurde, zeigten die Ausführungen von Oberst a. D. Ron Shatzberg vom Conflict Prevention Programme aus Tel Aviv, der über

einen Terrorangriff in einem Dorf in Israel berichtete, bei dem aber kein Israeli zu Schaden kam. Er erwähnte mit keinem Wort die Ursache, und zwar die brutale Besatzungspolitik Israels, sodass der Eindruck entstehen konnte, der palästinensische Terrorismus komme schicksalhaft über die Israelis.

Globalisierung wirkt sich auf Terror aus

Als eine weitere Ursache für den transnationalen Terrorismus wurden die Auswirkungen der Globalisierung angesehen. In diesem Zusammenhang wurde die Politik des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation mit für den Untergang der Entwicklungsländer verantwortlich gemacht. Alle drei Organisationen diktierten der Dritten Welt ihre neoliberalen Marktvorstellungen, die das Elend dieser Länder weiter vertieft. So gab es in Afrika zwischen 1960 und 1980 ein Wachstum von 39 Prozent, zwischen 1980 und 2000 aber nur ein „Wachstum“ von -14 Prozent; in den arabischen Staaten lag das Wachstum zwischen 1960 und 1980 bei 170 Prozent, zwischen 1980 und 2000 bei gerade drei Prozent. Für Harald Schumann, Journalist beim Spiegel, ist der Freihandel nur scheinbar liberal. Es sei kein einziger Fall bekannt, in dem Handelsliberalisierung für Entwicklungsländer erfolgreich gewesen war. Mit scheinbaren Zollerleichterungen betreiben die OECD-Länder ihren Protektionismus oder ihre Anti-Dumping-Politik gegen erfolgreiche Exporteure. „Nicht die Dritte Welt muss liberalisiert werden, sondern die OECD-Staaten müssen ihre Märkte öffnen“, so Schumann. Auf die ungleiche Verteilung des Reichtums als Ursache des Terrorismus verwies auch Ernst-Otto Czempel von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt.

Bei der Ursachenanalyse und der Zustandsbeschreibung öffnete sich für einen kurzen Augenblick die Kluft zwischen Europa und den USA. Leo Michel von der National Defense University in Washington verneinte ein unilaterales Vorgehen der USA im Kampf gegen Terror und betonte die Einbindung der NATO und Europas von Beginn an. „Ich glaube, es gibt keine große Kluft zwischen den USA und Europa in der Terrorismusbekämpfung.“ Auch die USA bräuchten Koalitionen. Er kritisierte die zu geringen Verteidigungsaus-

gaben der Europäer. „Wenn die Alliierten ihre gemachten Zusagen nicht einhalten, wird dies Konsequenzen haben.“ Nachdem die NATO den Bündnisfall festgestellt hatte, wurde sie nach Ansicht Czempels nicht mehr gefragt. „Es war keine Lebensverlängerung der NATO.“ Er betonte die klare Objektverschiebung vom Antiterrorkampf hin zu einem Angriff gegen den Irak. Sollte es dazu kommen, werde Deutschlands „uneingeschränkte Solidarität“ stocken. In der Auseinandersetzung zwischen Europa und den USA über den richtigen Weg im Umgang mit dem Irak konnte sich Frankreich profilieren, und Deutschland musste eine Einflussminderung hinnehmen. Erstmals gebe es nach 50 Jahren „eine Bruchlinie am Rhein“, so Czempel.

Befruchtend an dieser Konferenz war die Einbindung der Praktiker vom Bundesnachrichtendienst dem Bundeskriminalamt, Europol, den Landesämtern für Verfassungsschutz und der Bundessicherheitsakademie. Es gibt seit dem 11. September nicht nur eine intensive nationale Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsdiensten, sondern auch auf internationaler Ebene haben die Ereignisse von New York und Washington „alles beschleunigt“, so Jürgen Storbek, Chef von Europol. Dinge, über die vorher jahrelang diskutiert worden sei, wie ein internationaler Haftbefehl wurden jetzt in drei Monaten gelöst. Trotzdem steht man „am Anfang eines noch langen Weges“. Die Vertreter aus der Praxis zeigten sich sehr nachdenklich im Antiterrorkampf. Wer von ihnen eine simple Schwarz-Weiß-Malerei erwartet hatte, wurde enttäuscht. Es gehe nicht um Aggression, wie Hans-Josef Beth von Bundesnachrichtendienst betonte, sondern um Prävention. Dies bestätigte auch Manfred Klink von Bundeskriminalamt. In diesem „asymmetrischen Krieg“ stehe nur der aggressive Islamismus im Fadenkreuz und nicht der Islam. Angriffe gegen den Islam müssen zurückgewiesen werden. Auch er betonte die große Bedeutung der Prävention.

Mit dieser Konferenz ist es der FES gelungen, Sachlichkeit in eine von Kriegsrhetorik und Drohgebärden reiche Zeit zu bringen. Differenzierung und gegenseitige Kritik sollten auch unter Freunden und Verbündeten nach wie vor als ein hoher Wert gelten. Dominanzgebaren und Vasallenmentalität gehören eine längst untergegangenen Epoche an. Ludwig Watzal